

## Dokument: Urteil des Obersten Gerichts vom 25. April 2004 (Auszug)

### Urteilsspruch

„Den willkürlichen Charakter einer generellen Verweigerung[, einen Presseausweis auszustellen,] haben uns die Antragsteller<sup>1</sup> gründlich dargelegt. Wie wir bereits erläutert haben, ist Saif gegenwärtig berechtigt[, Israel zu betreten und hier zu arbeiten. Der Kläger besaß über Jahre hinweg einen Presseausweis. In all den Jahren hat es niemals irgendeinen Hinweis auf ein mögliches Sicherheitsrisiko durch ihn gegeben. Basierend auf individuellen Überprüfungen soll der Presseausweis von Saif erneuert werden.“

### Rechtsgüterabwägung

„Wie wir gesehen haben, basiert die Weigerung der Behörden, Presseausweise an Palästinenser aus dem Westjordanland zu vergeben, auf Sicherheitsabwägungen. Ohne Sicherheit ist es nicht möglich, Menschenrechte und andere Grundrechte zu schützen. [...] Aber es verlangt einer Balance zwischen der Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Sicherstellung der Grundrechte. [...] In dieser Balance können Menschenrechte nicht derart geschützt werden, als gäbe es keinen Terrorismus. Die Staatssicherheit kann wiederum aber auch nicht derart geschützt werden, als gäbe es keine Menschenrechte.“

### Sicherheitsrisiko/Verhältnismäßigkeit

„In der Tat kann man immer Sicherheitsbedenken anführen, wenn ein palästinensischer Journalist aus dem Westjordanland einen Presseausweis erhält. Trotz allem bleibt dieses besondere Risiko geringfügig und theoretisch. Es rechtfertigt keine maßgebliche Verletzung des Grundrechts der Pressefreiheit und keine

Andersbehandlung palästinensischer Journalisten gegenüber anderen ausländischen Journalisten. Dies wäre eine klare Diskriminierung.“

### Maßnahmen gegen Diskriminierung

„[Die aufgezeigte Diskriminierung] könnte durch zusätzliche individuelle Sicherheitsüberprüfungen von Bewohnern des Westjordanlandes vermieden werden, die ein Risiko darstellen könnten.“

### Geltungsbereich des Rechts Israels / Gleichheit vor dem Gesetz

„Die Regeln des Verwaltungsrechts gelten sowohl gegenüber Israelis, als auch gegenüber Ausländern. [...] [D]ie meisten Gesetze, die sich aus den Grundgesetzen herleiten, beispielsweise das Grundrecht auf Würde und Freiheit, [gelten] für alle. [...] Auch in unserem Fall muss sich das Presseamt an die Gesetze des Verwaltungsrechts halten. Dies gilt auch gegenüber den Antragsstellern, trotz des Fakts, dass diese keine Bürger oder Einwohner des Staates Israel sind.“

### Presseausweis dient dem demokratischen Prozess/der Allgemeinheit

„Es kann mit Bestimmtheit festgehalten werden, dass die Vergabe eines solchen Presseausweises an eine im Journalismus tätige Person Teil des geschützten gesellschaftlichen Interesses nach freier Presse und öffentlicher Kommentierung ist. Dieses Interesse dient [...] der Offenlegung von Wahrheit, dem demokratischen Prozess und der sozialen Stabilität.“

Quelle:

[https://supremedecisions.court.gov.il/Home/Download?path=EnglishVerdicts%5C02%5C270%5C056%5CL17&fileName=02056270\\_l17.txt&type=2](https://supremedecisions.court.gov.il/Home/Download?path=EnglishVerdicts%5C02%5C270%5C056%5CL17&fileName=02056270_l17.txt&type=2) [Zugriff 21.09.2020], Übersetzung: MFFB.

<sup>11</sup> Neben der Agentur Reuters hat auch das arabische Medienhaus Al-Jazeera aus Qatar gegen die Maßnahme des GPO geklagt. Al-Jazeera beschäftigt ebenfalls palästinensische Journalist\*innen.